



## UvA-DARE (Digital Academic Repository)

### [Review of: S. Elsbach, R. Noak, A. Braune (2019) *Konsens und Konflikt: Demokratische Transformation in der Weimarer und Bonner Republik*]

Föllmer, M.

**DOI**

[10.1007/s42520-020-00283-6](https://doi.org/10.1007/s42520-020-00283-6)

**Publication date**

2020

**Document Version**

Final published version

**Published in**

Neue Politische Literatur

**License**

Article 25fa Dutch Copyright Act (<https://www.openaccess.nl/en/in-the-netherlands/you-share-we-take-care>)

[Link to publication](#)

**Citation for published version (APA):**

Föllmer, M. (2020). [Review of: S. Elsbach, R. Noak, A. Braune (2019) *Konsens und Konflikt: Demokratische Transformation in der Weimarer und Bonner Republik*]. *Neue Politische Literatur*, 65, 543-545. <https://doi.org/10.1007/s42520-020-00283-6>

**General rights**

It is not permitted to download or to forward/distribute the text or part of it without the consent of the author(s) and/or copyright holder(s), other than for strictly personal, individual use, unless the work is under an open content license (like Creative Commons).

**Disclaimer/Complaints regulations**

If you believe that digital publication of certain material infringes any of your rights or (privacy) interests, please let the Library know, stating your reasons. In case of a legitimate complaint, the Library will make the material inaccessible and/or remove it from the website. Please Ask the Library: <https://uba.uva.nl/en/contact>, or a letter to: Library of the University of Amsterdam, Secretariat, Singel 425, 1012 WP Amsterdam, The Netherlands. You will be contacted as soon as possible.

*UvA-DARE is a service provided by the library of the University of Amsterdam (<https://dare.uva.nl>)*



***Elsbach, Sebastian/Noak, Ronny/Braune, Andreas (Hrsg.): Konsens und Konflikt. Demokratische Transformation in der Weimarer und Bonner Republik (Weimarer Schriften zur Republik, Bd. 9), 334 S., Steiner, Stuttgart 2019.***

**Moritz Föllmer**

Online publiziert: 28. Juli 2020

© Gesellschaft zur wissenschaftlichen Förderung politischer Literatur e.V. and the Author(s) 2020

Seit einiger Zeit betont die historische Forschung die demokratischen Potenziale der Weimarer Republik. War in den 1990er Jahren vor allem ein breiteres, kulturgeschichtlich fundiertes Bild des nationalsozialistischen Aufstiegs entstanden, richtet sich seit Mitte der 2000er Jahre der Fokus vermehrt auf prorepublikanische Ideen, Aktivitäten und Symbolwelten. Das hat viel damit zu tun, dass die offene Verachtung insbesondere gegenüber der (Mehrheits-)Sozialdemokratischen Partei, die unter Weimarer ebenso wie westdeutschen Linken vorgeherrschte hatte, zumindest innerhalb der professionellen Geschichtswissenschaft einer historisierenden Betrachtungsweise gewichen ist. Diese Verschiebung ließ sich bereits an Aufsätzen von Conan Fischer und Angela Schwarz zur Revolution von 1918/19 erkennen. Einige Jahre später schlug sie sich in weiteren Studien nieder, unter anderem von Nadine Rossol zur republikanischen Festkultur, von Benjamin Ziemann zum Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und von Kathleen Canning zur Erweiterung von *citizenship* rund um die Einführung des Frauenwahlrechts. Passend dazu werden die demokratischen Potenziale – mit all ihren Ambivalenzen – auch in Ausstellungen betont, etwa unlängst im Deutschen Historischen Museum („Weimar: Vom Wesen und Wert der Demokratie“, 2019) oder dauerhaft in der Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg und dem Haus der Weimarer Republik in Weimar. Hieran und an verschiedenen Reden des gegenwärtigen Bundespräsidenten rund um das hundertjährige Jubiläum der Republikgründung zeichnet sich ein vorsichtiger Versuch der historischen Sinngebung für eine deutsche Demokratie ab, die in den letzten Jahren ihre Selbstverständlichkeit verloren zu haben scheint.

In diesem sowohl geschichtswissenschaftlichen als auch geschichtspolitischen Kontext bewegt sich der hier zu besprechende Band, der auf der Annahme aufbaut,

---

M. Föllmer (✉)  
Amsterdam, Niederlande  
E-Mail: [m.foellmer@uva.nl](mailto:m.foellmer@uva.nl)

„dass sich die demokratische Transformation der Zwischenkriegszeit im Modus der Konfliktivität vollzog, und dass die Etablierung der zweiten deutschen Demokratie in vielen Fällen von Fortwirkungen dieser Konfliktivität geprägt war“ (S. XI). Die Herausgeber meinen damit, dass Konflikte zur demokratischen Normalität gehörten, also nicht als Ausdruck demokratiegefährdender Zerrissenheit oder totalitärer Bedrohung betrachtet werden sollten. Das Problem der Weimarer Jahre sei nicht deren Konflikthaftigkeit gewesen, sondern dass viele Zeitgenossen diese nicht akzeptiert und sich stattdessen „nach einem vor- oder nachkonflikthaften Zustand“ gesehnt hätten (S. XII). Diese übergreifende These ist plausibel, wenn auch – denkt man etwa an die Studien Thomas Mergels oder Rüdiger Grafs – nicht eben neu. Die Herausgeber verzichten auf eine Auseinandersetzung mit der historischen Forschung, und ihre Verweise auf politikwissenschaftliche Konzeptionalisierungen von Demokratie sind zwar interessant, fallen aber reichlich knapp aus. Da der Band auf eine Nachwuchstagung der in Jena angesiedelten Forschungsstelle Weimarer Republik zurückgeht, handelt es sich bei den nicht weniger als zwanzig Beiträgen meist um Zusammenfassungen von Masterarbeiten oder Promotionen. Das ist einerseits begrüßenswert, weil dadurch unbekannte Autor\_innen zum Zuge kommen, deren Befunde nicht schon anderweitig veröffentlicht sind oder es bald werden. Andererseits sind diese Ergebnisse nur teilweise weiterführend, und mehr Selektivität und editorische Anstrengung hätten dem Vorhaben sicher nicht geschadet.

Die Beiträge können hier nicht alle besprochen werden. Der Tendenz nach sind sie desto gelungener, je mehr sie sich auf spezifische und bislang weniger bekannte Kontexte einlassen. Dagegen werden die allgemeinen Aussagen, dass Studenten, Dozenten und Professoren das Ende des Kaiserreiches überwiegend als Trauma erfahren und der demokratischen Republik feindselig gegenüberstanden (Florian J. Schreiner) oder dass paramilitärische Verbände zu einem militaristischen Sprachgebrauch neigten (Sebastian Gräß), kaum jemanden überraschen. Ebenso geringen Neuigkeitswert können die Artikel zu bekannten Figuren der Weimarer Ideengeschichte wie Hans Kelsen (Helene Eggersdorfer) und Carl Schmitt (Ludwig Decke) beanspruchen. Die Rolle von Frauen in der Schleswig-Holsteinischen Landeskirche ist ein vielversprechenderes Thema, und Michaela Bräuninger verweist zu Recht auf die Bedeutung von kirchlichen Wählerinnen und Theologiestudentinnen, die dann in den 1950er Jahren zu den ersten Predigerinnen gehörten. Doch statt solche Aktivitäten in ihrer politischen Ambivalenz zu untersuchen und dabei an die Arbeiten Kirsten Heinsohns und Raffael Schecks zu konservativen Frauen anzuschließen, liest Bräuninger sie auf das Telos einer in den 1990er Jahren schließlich erreichten „geschwisterlichen Kirche“ (S. 74) hin. Regelrechten Rundumschlagscharakter haben Thomas Schuberts Überlegungen zu Bürgerkrieg als „schicksalhafter Signatur“ (S. 342) der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts, deren offensichtliche Schwäche darin liegt, dass sie die zivile Dimension schon der Weimarer Republik von vornherein außer Betracht lassen.

Andere Beiträge bieten dagegen neue Forschungsergebnisse, entwickeln interessante Argumente und passen zudem besser zum Leitmotiv der demokratischen Transformation im Modus des Konflikts. So zeigt Felix Selbert, wie Juristen, Wirtschaftsjournalisten, Parlamentarier sowie viele Aktionäre die Aktiengesellschaften unter Druck setzten, ihre Bilanzen offenzulegen und Anteilseignern größeren Ein-

fluss einzuräumen – eine Koalition, die zu lose gewesen sei, als dass sie sich unter den oft bemühten „organisierten Kapitalismus“ rubrizieren ließe. Auf einen klassischen Politikbereich geht dagegen Timo Leinbach ein, der im Landtag des 1920 gegründeten Thüringens einen Prozess des demokratischen Lernens und der kommunikativen Integration ausmacht, welcher darin gipfelte, dass ein Untersuchungsausschuss zur Tätigkeit der nach vierzehn Amtsmonaten wieder gestürzten NSDAP-Minister eingesetzt wurde. Zwei Beiträge werfen neues Licht auf die Geschichte des Weimarer Linksliberalismus: Alex Burkhardt diskutiert den anfänglichen Aufschwung und baldigen Niedergang der Deutschen Demokratischen Partei am Beispiel von Hof an der Saale. Anfangs habe es im bürgerlichen Lager viel Offenheit für den republikanischen Neubeginn gegeben, die sich jedoch bald durch die Wahrnehmung der bayerischen Räterepubliken, des Versailler Vertrags und der revolutionären Unruhen mit mehrheitssozialdemokratischer Beteiligung unmittelbar nach dem Kapp-Putsch verflüchtigt habe. Angela Schubert arbeitet präzise heraus, dass die Vossische Zeitung häufig von der „Volksgemeinschaft“ sprach und dabei an jugendbewegte und romantische Diskurse anknüpfte, ohne einen Widerspruch zu Pluralismus und Demokratie zu empfinden. Ab Mitte der 1920er Jahre beklagten die liberalen Journalisten jedoch den Schlagwortcharakter des Begriffs und dessen zunehmende Besetzung durch die radikale Rechte – nicht ohne ihn am Ende selbst gegen kriminelle „Gesellschaftsfeinde“ in Stellung zu bringen.

Der Band enthält demnach zu viele mediokre und zudem nicht recht zur übergreifenden These passende Beiträge, bereichert aber dennoch das neue Bild einer durchaus vitalen Weimarer Demokratie um einige neue Gesichtspunkte. Die Lektüre macht jedoch auch die Grenzen und Schwierigkeiten dieser Demokratie deutlich: Sie war mit hohen Anfangserwartungen verbunden und entsprechend anfällig für Enttäuschungen, gerade in einer Zeit drastischer Umbrüche und enger parlamentarischer wie exekutiver Spielräume. Demokraten (und Demokratinnen!) führten interessante Debatten und energische Kampagnen, und sie konnten auch integrative Erfolge und konkrete Leistungen verzeichnen. Allerdings fehlte trotz entsprechender staatlicher Bemühungen so etwas wie eine zumindest teilweise milieuübergreifende demokratische Großzählung, die etwa in den französischen und amerikanischen Republiken aus dem 19. Jahrhundert in die Zwischenkriegszeit reichte. Dafür waren die Revolutions- und Konterrevolutionserfahrungen zu spaltend, die Milieugraben zu tief, der weit verbreitete Gemeinschaftsdiskurs zu affin gegenüber dem Rechtsradikalismus, so sehr ihn auch gemäßigte Politiker und Journalisten zu vereinnahmen suchten. Für die in anderen europäischen Ländern in den 1930er Jahren zu verzeichnenden demokratischen Innovationen – die Volksfrontkoalitionen, die Orientierung schwedischer Sozialdemokraten und britischer Konservativer zur Mitte hin, durchaus auch die Demonstration exekutiver Führungsstärke durch die Ministerpräsidenten Henrik Colijn in den Niederlanden und Édouard Daladier in Frankreich – kam das Ende der Weimarer Republik zu früh. Die Beschäftigung mit ihrer Demokratie bleibt deshalb auch ein Stück weit ‚Trauerarbeit‘.